

Änderungen vorbehalten

DARF NICHT VOR DEM 12.
FEBRUAR 1997, 09.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung anlässlich der ausserpolitischen
Debatte im Reichstag am Mittwoch, den 12. Februar 1997

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die schwedische Aussenpolitik wird von Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortungsbewusstsein geprägt:

1. Das gilt für das **UNO-System** als übergreifendes Instrument für internationalen Frieden und Sicherheit und zur Handhabung der globalen Bedrohungen für die Sicherheit und zur Gewährleistung einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung der Menschen.
2. Das gilt für **Europa**, wo sich hinsichtlich der Breite und Tiefe der Zusammenarbeit einmalige Möglichkeiten beim Ausbau des Wohlstands und der Sicherheit auf unserem Kontinent bieten.
3. Das bestimmt die Zusammenarbeit mit **unseren nächsten Nachbarn**. Im Norden, in der Ostsee- und Barentsee-Region gibt es

besondere Voraussetzungen zur Verwirklichung der Vision einer gemeinsamen Sicherheit und eines dauerhaften Wohlstands.

Jedes dieser Kooperationssysteme bietet Schweden für 1997 einmalige Möglichkeiten, sich zu beteiligen und Einfluss zu nehmen.

Wir sind Mitglied im UN-Sicherheitsrat.

Im Laufe des Jahres wird Schweden mit dabei sein und entscheidende Beschlüsse für die Gestaltung eines geeinten Europas fassen. Wir müssen in diesem Jahr unsere Pläne für die Ostseezusammenarbeit umsetzen. Gleichzeitig haben wir den Vorsitz im euro-arktischen Barentsee-Rat.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Zusammenarbeit in der UNO ist seit gut 50 Jahren ein Eckpfeiler in der schwedischen Aussenpolitik. Einerseits führen durchgreifende Veränderungen in der Völkergemeinschaft zu neuen und höheren Ansprüchen an die UN, andererseits wird diesen nicht durch entsprechende Mittel und ausreichende politische Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten entsprochen.

Diese Krise der UNO soll u.a. dadurch überwunden werden, dass deren Aufgaben für internationalen Frieden und Sicherheit in einer neuen Zeit deutlich definiert werden. Die universale Organisation gibt den völkerrechtlichen und politischen Rahmen vor, sowohl um die globalen Gefahren für das Überleben der Menschen zu bewältigen als auch hinsichtlich ihrer Arbeit für internationale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Abrüstung und Demokratie.

Die Regierungsarbeit im UN-Sicherheitsrat 1997-98 hat eine langfristige Perspektive und soll in der praktischen Arbeit von einem Programm mit u.a. folgenden Schwerpunkten geprägt sein:

- * Die UNO muss grössere Möglichkeiten erhalten, früher als bisher bei - sowohl inner- als auch zwischenstaatlichen - Konflikten einzugreifen und vorzubeugen.
- * Es muss eine neue Generation von friedenssichernden UN-Einsätzen entwickelt werden. Die verschiedenen Teilbereiche des UN-Systems wie politische, militärische, polizeiliche, humanitäre, ökonomische und soziale müssen zusammenarbeiten.
- * Die Arbeit im Sicherheitsrat muss noch stärker "demokratisiert" werden. Die Arbeit im Rat muss transparenter werden und es muss mehr Verbindungsbrücken zur Vollversammlung geben. Die Zusammenarbeit zwischen der UNO, den regionalen Organisationen und den freistehenden Organisationen muss ausgebaut werden. Jene Staaten, die durch Truppen zu friedensdurchsetzenden Einsätzen beitragen, müssen mehr Mitbestimmung erhalten.

In der täglichen Arbeit des Sicherheitsrates geht es darum, schneller auf aufflammende Krisen zu reagieren - z.B. in Bosnien und Herzegowina, im Sudan, in Afghanistan, im Kaukasus oder in den Staaten um die grossen afrikanischen Seen. Die Arbeit im Rat zwingt zu enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und erfordert praktisch orientierte Teamarbeit.

Die grossen UNO-Konferenzen, die in diesem Jahrzehnt stattfanden, haben Fortschritte gebracht, die jedoch deutlicher in die UN-Arbeit eingebracht werden müssen. Im Juni wird ein Gipfel stattfinden, dessen Aufgabe es sein wird, die Umsetzung der Beschlüsse von der Umwelt- und Entwicklungskonferenz der UNO nachzuprüfen. Hier werden Beschlüsse gefasst, um die Entwicklung einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft zu fördern, bei steigender Lebensmittelproduktion und einer sozialen Absicherung für mehr Menschen. Schweden ist in diesen Bestrebungen führend.

Die Arbeit, die UNO zu effektivisieren, modernisieren und zu sichern ging lange Zeit zäh. Jetzt sieht man jedoch einen Hoffnungsspalt voller Möglichkeiten. Schweden begrüsst die Entschlossenheit des neuen Generalsekretärs Kofi Annan sowie des Präsidenten der Vollversammlung Razali Ismail, sich der Reformfragen anzunehmen. Die Bekanntgabe von Präsident Clinton vor dem amerikanischen Kongress, dass die USA beabsichtigen, ihre Schulden bei der UNO zu begleichen, gibt zu der Hoffnung Anlass, dass die festgefahrene Situation aufgelöst werden kann, zu der die Schulden bei den Reformdiskussionen mit beigetragen haben.

Schweden hat eine gute Plattform, um mit Konkretisierungsvorschlägen an der Reformarbeit teilzunehmen. Die Regierung stimmt der Analyse über die globale Entwicklung und den Reformbedarf der UNO zu, so, wie sie in "Nachbarn in Einer Welt", dem Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, dargestellt wurde. Schweden hat zusammen mit den anderen nordischen Staaten eine ganze Reihe konkreter Vorschläge für die ökonomischen und sozialen Bereiche erarbeitet, wie z.B. gemeinsame UN-Büros vor Ort und eine bessere Finanzierung der Entwicklungshilfe. Der Bericht des nordischen UN-Projektes wurde vorigen Monat dem UN-Generalsekretär überreicht. Diese Arbeit wurde auch in unserer EU-Arbeit eingebracht sowie bei einer Reihe regionaler Treffen, die in Asien, Afrika und Lateinamerika stattfanden.

Die multilaterale Arbeit im UN-System, in der Weltbank und in anderen Organisationen bildet einen wichtigen Rahmen für die schwedische Verantwortung bei der internationalen Entwicklungsarbeit.

Schwedische Entwicklungshilfe war in den vergangenen Jahrzehnten gleichbedeutend mit Innovation und hat - trotz der Sparmassnahmen der letzten Jahre - eine starke Stellung. Die von uns gesetzten Schwerpunkte der Langfristigkeit und Armutsbekämpfung sind zentral.

Entwicklungsarbeit ist ein wirkungsvolles Instrument in der gebündelten Regierungspolitik für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit, für eine nachhaltige internationale Wirtschaftsentwicklung und zum Schutz der Rechte der Armen.

Die demokratischen Fortschritte in so grossen Teilen der Welt eröffnen der Entwicklungsarbeit neue Horizonte. Entwicklungsarbeit wird in Zukunft noch stärker auf der Selbstverantwortung und Stärke unserer Partner aufbauen können. Das Ziel lautet, eine wirkliche Partnerschaft erreichen zu können. Das von mir in der vorigen aussenpolitischen Erklärung vorgestellte Afrika-Projekt wird im Laufe des Jahres dementsprechend umgesetzt werden.

Lateinamerika ist es dank demokratischer Hilfe gelungen, ein Jahrzehnt der positiven politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu festigen. Gleichzeitig herrschen grosse Einkommensunterschiede und soziale Missverhältnisse. Die Menschen in Zentralamerika haben dank des Friedensvertrages wieder Glauben an die Zukunft. Aber die Situation ist dort noch immer labil und diese Staaten brauchen auch weiterhin Unterstützung.

Die Staaten in Asien zeigen Kontraste, die von grosser Armut bis zu schnellem Wachstum reichen. Es werden imponierende wirtschaftliche Fortschritte gemacht, gleichzeitig wird vielerorts der Demokratisierungsprozess von autoritären Regimen auf beunruhigende Weise zurückgehalten. In den nächsten Jahren werden sowohl die Weltwirtschaft als auch die globale Sicherheit in hohem Masse von der Entwicklung in Asien beeinflusst werden.

Die Regierung ist aktiv an den Bestrebungen beteiligt, die Bande zwischen Asien und Europa zu verstärken. Ich werde morgen nach Singapur fahren, um an dem im vorigen Jahr begonnenen Dialog zwischen Asien und Europa teilzunehmen. Das Aussenministerium

wird in diesem Jahr mit einem Projekt beginnen, um Schwedens Beziehungen zu Asien zu intensivieren.

Die Regierung unterstützt weiterhin den Friedensprozess im Nahen Osten, u.a. durch die schwedische Teilnahme bei der internationalen Präsenz in Hebron und durch umfassende Massnahmen zur Unterstützung der palästinensischen Gebiete. Dem Rückschlag im letzten Jahr und den Schwierigkeiten zum Trotz wächst bei Israeli und Palästinenser die Einsicht, dass ihre Zukunft in der Zusammenarbeit liegt. Die neue israelische Regierung hat mit dem Hebron-Abkommen die Mitwirkung am Friedensprozess akzeptiert. Alle Beteiligten in dieser Region und die Umwelt tragen jetzt die Verantwortung dafür, dass der Friedensprozess weiter fortgesetzt wird.

Das Projekt Euroislam geht weiter. Dies ist ein Friedensprojekt, das Europa und Schweden die Möglichkeit bietet, langfristig eine Verbindung zu unseren moslemischen Nachbarländern zu entwickeln. Gleichzeitig trägt es zu einem tieferen Verständnis für die vielen Menschen in Schweden und Europa bei, die moslemischer Herkunft sind.

Die Einhaltung der Menschenrechte muss verbessert und die Kontrollmechanismen müssen effektiver werden. Schweden wird weiterhin international für die Abschaffung von Tortur und Todesstrafe eintreten, gegen die Ausbeutung von Kindern und die Unterdrückung der Frauen und zum Schutz mutiger Verteidiger der rechtstaatlichen Prinzipien, wie z.B. Aung Sang Suu Kyi, die sich für die Aufrechterhaltung der Gedanken- und Meinungsfreiheit einsetzt. Wir handeln allein oder gemeinsam im Rahmen der EU und zusammen mit den nordischen Ländern um zu beeinflussen, anzusprechen oder um zu verurteilen. Mittel sind aber auch der Dialog, die Zusammenarbeit und Ausbildung. Ein Beispiel für letzteren Bereich ist das Raoul Wallenberg-

Institut und dessen Kurse für Angestellte im Öffentlichen Dienst in China und der Türkei.

Das Bestreben, der Barbarei in Bürgerkriegen etwas entgegenzusetzen zu können, hat dazu geführt, dass die nordischen Regierungen in Zusammenarbeit ein humanitäres Minimal-Regelsystem aufstellen wollen, das von allen Parteien in allen Konfliktsituationen zu respektieren sein wird. Schweden arbeitet auch energisch mit anderen Staaten zusammen, um so bald als möglich einen internationalen Gerichtshof für Strafsachen einzurichten, der schwere Verbrechen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandeln soll.

Die Regierung hat die Arbeit zur Eliminierung der Massenvernichtungswaffen prioritiert. Noch immer sind Waffenarsenale, Verbreitungsrisiken und Atomwaffendoktrine aus der Zeit des Kalten Krieges eine Realität.

Die Abrüstungsarbeit sollte in zielbewussten Etappen zurückgelegt werden, bis das Endziel - eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen - erreicht ist. Die Regierung begrüsst den Vorschlag der Canberra-Kommission zu weiteren Abrüstungsmassnahmen, von der die unmittelbare Beseitigung der Atomwaffen aus der Bereitschaftsstellung gefordert wird.

Der START-II-Vertrag sollte so schnell als möglich ratifiziert und Verhandlungen über die weitere Abrüstung eingeleitet werden. Die Regierung wird sich dafür einsetzen, dass die Verhandlungen sowohl über das Herstellungsverbot von spaltbarem Material zu Waffen zwecken als auch über Negative Sicherheitsgarantien sowie über ein internationales Totalverbot von Landminen eingeleitet werden.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Globalisierung hat für Schweden zu einer schnell wachsenden Abhängigkeit vom Aussenhandel geführt. Der Freihandel schafft für den schwedischen Export bessere Voraussetzungen und begünstigt das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungslage nicht nur in Schweden, sondern auch im Rest der Welt und nicht zuletzt in den Entwicklungsländern. Die Arbeit in der Welthandelsorganisation WTO zielt darauf ab, eine Stärkung des Regelwerkes und ein Handlungsprogramm für eine weitere Liberalisierung des Welthandels zu erreichen.

Die Förderung eines wachsenden wirtschaftlichen Austauschs liegt im nationalen Interesse Schwedens. Dieser ist auch für die Erreichung der Zielsetzung der Regierung von zentraler Bedeutung, die offene Arbeitslosigkeit zu halbieren. Handel schafft Sicherheit dank der dadurch erreichten positiven gegenseitigen Abhängigkeit. Die Regierung beabsichtigt, im März dem Reichstag eine Schrift vorzulegen, in der das Thema Schweden, die EU und die Handelspolitik vor dem Jahr 2000 behandelt werden wird.

Die Globalisierung erfordert, dass sich sowohl das politische Instrumentarium als auch der Bürgersinn über die Landesgrenzen hinaus entwickeln. Sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte werden nicht von Landesgrenzen Einhalt geboten. Die Regierung arrangiert in diesem Jahr zusammen mit Columbia, das in der Bewegung der Blockfreien Staaten den Vorsitz hat, eine internationale Konferenz zu dem Thema: Politische Antworten auf die Herausforderung der Globalisierung.

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

1997 wird ein entscheidendes Jahr im Streben für ein Geeintes Europa. Dies ist das Jahr, in dem die europäischen Staaten die Konsequenzen aus dem Ende des Kalten Krieges ziehen können und

der in praktisches Handel umzusetzenden Erkenntnis, dass nachhaltige Sicherheit durch konkrete Zusammenarbeit geschaffen wird.

Die Regierung sieht die EU und deren Erweiterung als Angelpunkt für die Umsetzung einer gesamteuropäischen Sicherheitsgemeinschaft. Die wichtigste Rolle der Europäischen Union besteht in der Friedenssicherung durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit - der europäischen Zusammenarbeit, für die sie einst gebildet wurde.

Die EU-Erweiterung wird die Zusammengehörigkeit zwischen den Staaten und Menschen in Europa festigen. Die alltägliche Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Unternehmen, Organisationen und Menschen führt zur Integration. Gegenseitige Abhängigkeit ist eine Voraussetzung für die Einigung des während fünfzig Jahren Geteilten. Wir bauen gemeinsam die Konfrontation ab und reißen die Grenzwälle ein.

Die Staaten in Mittel- und Osteuropa haben entscheidende Fortschritte zur Festigung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft unternommen. Die hohen Anforderungen, die mit dem Beitritt verknüpft sind, sollten zu weiteren Fortschritten ermuntern. Deswegen befürwortet Schweden den gemeinsamen Verhandlungsbeginn für die beitriftswilligen Länder. So führen eigene Verdienste zum Beitritt.

Die EU-Regierungskonferenz kommt jetzt in ihre entscheidende Phase. Die EU soll auf die Erweiterung vorbereitet werden, das bedeutet u.a. politische und institutionelle Reformen. Die EU soll auch effektiver, demokratisch vertieft und bereit sein, sich der Fragen anzunehmen, die für die Menschen in ganz Europa als wichtig angesehen werden.

Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, die für den 1. Januar 1999 geplant ist, bedeutet eine wesentlich vertiefte Zusammenarbeit. Die EWU wird Schweden deutlich prägen, ungeachtet dessen, wie wir uns selbst hinsichtlich der Teilnahme an der dritten Stufe entscheiden werden. Diese Frage verlangt nach klärender Debatte und gründlichen Überlegungen, sowohl hinsichtlich der schwedischen als auch der europäischen Perspektive. Der Reichstag wird im Herbst über diese Frage entscheiden.

Schweden strebt nach einer deutlichen und offenen Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik in der EU. Wir wollen u.a. die Fähigkeit im Krisenmanagement verbessern. Die schwedische Linie bei der EU-Entwicklungsarbeit konzentriert sich auf das Zustandekommen einer genuinen und effektiven Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, besonders durch eine Reform der sogenannten Lomé-Zusammenarbeit. Schweden wird sich für eine solidarische Flüchtlingspolitik in der gesamten EU einsetzen und für Offenheit bei den Handelsverbindungen zwischen der EU und ihrer Umwelt.

Die geplante NATO-Erweiterung erhält einen entscheidenden Einfluss auf die Möglichkeit, ein geeintes und sichereres Europa zu schaffen. Obwohl wir nicht an den Beschlüssen teilnehmen, werden auch wir von der Erweiterung betroffen und tragen daher unsere Auffassungen vor. Die Regierung erinnert ständig daran, wie wichtig es ist, dass die Erweiterung zur Sicherheit in ganz Europa beitragen muss.

Die NATO selbst hat in ihrer Erweiterungsstudie betont, dass die NATO-Erweiterung nicht zu neuen Grenzen führen darf. Wir wollen einen ungeteilten europäischen Kontinent. Es liegt im gesamteuropäischen Interesse, dass Russland und die NATO übereinkommen. Die gesamteuropäische Sicherheit muss zusammen mit Russland aufgebaut werden. Es ist wichtig, dass auch die Sicherheit jener Staaten verstärkt wird, die nicht in der ersten

Erweiterungsphase mit dabei sind. Der NATO-Erweiterungsprozess sollte offen und entwicklungsfähig sein.

Jedes Land hat das Recht, seine sicherheitspolitische Wahl zu treffen, der dann auch Respekt entgegengebracht wird. Wir erwarten, dass andere unsere Wahl respektieren, so, wie auch wir die der anderen respektieren. Gleichzeitig ist es wichtig, dass bei jeder sicherheitspolitischen Lösung eines Landes auch die Bedürfnisse der gesamteuropäischen Sicherheit in Betracht gezogen werden.

Durch den Zusammenschluss innerhalb der Partnerschaft für Frieden, PFF, können alle Staaten ausnahmslos ihre Sicherheit verstärken. Dies geschieht vor allem dadurch, dass die gemeinsame Fähigkeit eines militärischen Krisenmanagements, der Rettungsdienste und friedenssichernder Einsätze weiter entwickelt wird. Gleichzeitig wird durch die PFF das gegenseitige Vertrauen zwischen den Verteidigungsstreitkräften der verschiedenen Staaten verbessert, was zu einem wachsenden Verständnis für die Notwendigkeit beiträgt, diese demokratisch zu kontrollieren. Die Regierung plant hier Massnahmen, nicht zuletzt in Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainerstaaten. Das regionale Trainings- und Ausbildungs-zentrum, zu dem die Regierung die Initiative ergriffen hat, wird im Laufe des Jahres 1997 seine Tätigkeit aufnehmen.

PFF ist ein Ausdruck dafür, dass die gemeinsame sicherheitspolitische Tagesordnung immer umfassender wird. Wir entwickeln die Zusammenarbeit mit der NATO in allen Bereichen, mit Ausnahme der Landesverteidigung und der gemeinsamen Verteidigungsaufgaben. Schwedens militärische Bündnisfreiheit, die darauf abzielt, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen.

Die internationalen Einsätze im ehem. Jugoslawien illustrieren die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in einem Europa. In Bosnien stehen im Raum Tuzla schwedische Soldaten zusammen mit u.a. amerikanischen und russischen Soldaten mit einer gemeinsamen Aufgabe - den Krieg zu verhindern und zu Frieden, Versöhnung und der Heilung jener Wunden beizutragen, die diesen Teil Europas so tragisch geprägt haben.

Schweden wird auch weiterhin den Wiederaufbau im ehem. Jugoslawien unterstützen. Dadurch wird bürgernah dazu beigetragen, das, was von rücksichtslosen Politikern zerrissen wurde, wieder zu kitten und miteinander zu versöhnen. Die Unterstützung konzentriert sich auf Massnahmen, die zur Stärkung der Demokratie beitragen, wie unabhängige Medien, multi-ethnische Projekte und Hilfe für rückkehrende Flüchtlinge. Hierbei spielen die Volksbewegungen eine wichtige Rolle.

Unsere Vision ist ein Europa jenseits aller Pakte, in dem militärische Grenzen durch ein Netzwerk der Zusammenarbeit ersetzt werden. Das erfordert eine weitere Senkung des Rüstungsniveaus und eine schrittweise Abwicklung der Atomwaffen. Eine nachhaltige Sicherheitsordnung und dauerhafter Frieden können nicht auf Massenvernichtungswaffen aufgebaut werden.

Wir wollen ein System, durch das ein Krieg zwischen den Staaten in ganz Europa ebenso undenkbar wird wie zwischen den nordischen Ländern oder den Mitgliedern in der Europäischen Union. Nach dem Ende des Kalten Krieges kann Sicherheit in wachsendem Ausmass durch zivile Zusammenarbeit geschaffen werden.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, liefert unverzichtbare Beiträge zur Verwirklichung einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung und zum gemeinsamen

Sicherheitsprozess. Hieran beteiligen sich zu gleichen Bedingungen alle europäischen Staaten, zusammen mit USA und Kanada. Ein moderner und breit gefasster Sicherheitsbegriff liegt den OSZE-Massnahmen für Konfliktvorbeugung, Versöhnung, Menschenrechte und Demokratisierung zu Grunde. Die Arbeit zur Anerkennung der Wahlergebnisse bei den Lokalwahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien ist dafür ein gutes Beispiel. Ausserdem nimmt die OSZE eine zentrale Rolle bei der Arbeit mit der europäischen Rüstungskontrolle und einem neuen Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE-Vertrag) ein.

Eine Hauptaufgabe ist, in jenen Staaten, die nach dem Kalten Krieg mit einer demokratischen Entwicklung fortgesetzt oder damit begonnen haben, eine Vertiefung und Stärkung der Demokratie zu erreichen. Demokratie ist die Voraussetzung für den Aufbau dauerhafter friedlicher Relationen sowohl inner- als auch zwischenstaatlich. Sowohl die Normen als auch die Mittel für die internationale Unterstützung des Demokratisierungsprozesses müssen verbessert werden, u.a. im Rahmen des Europarates. Wir begrüssen daher auch die Arbeit, mit der das internationale Demokratie- und Wahlinstitut IDEA jetzt in Stockholm begonnen hat.

Eine nachhaltige Sicherheit für Europa verlangt auch nach einer deutlicheren globalen europäischen Sicherheitsperspektive. Europa muss künftigen Konflikten vorbeugen, indem es eine grössere Verantwortung für einen globalen ökonomischen Ausgleich übernimmt und den Raubbau mit den Naturvorkommen verringert.

Frau Präsidentin /Herr Präsident!

Die Menschen in Nordeuropa haben ein gemeinsames Meer, eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Kultur. Hier gibt es eine tausendjährige Tradition mit Handel, Kulturaustausch und mensch-

lichen Kontakten. Heute hat man die Voraussetzungen dafür geschaffen, in einer wiedererweckten Region zu leben - geprägt von Demokratie, Zusammenarbeit, Marktwirtschaft und soziale Verantwortung.

Die langfristige bilaterale Zusammenarbeit soll zu einer Stärkung und Vertiefung des Reformprozesses in den Bereichen Demokratie, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt führen und zwar im nordwestlichen Russland, Estland, Lettland, Litauen und Polen. Eine Hauptaufgabe wird darin bestehen, die Notwendigkeit der Parallelität von sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zu betonen.

Der Handelsaustausch wird durch die Nähe begünstigt. Deswegen ist die Entwicklung unserer Beziehungen zu den Ostseestaaten und den ca. 100 Millionen Menschen, die in diesem Gebiet leben, von grosser Bedeutung. Dadurch wird Schweden für ausländische Unternehmen ein attraktiveres Investierungsland. Die Mitgliedschaft von sowohl Russland als auch den baltischen Staaten in der Welthandelsorganisation WTO liegt in schwedischem Interesse, damit sich der Ostseeraum zu einem gut funktionierenden einheimischen Markt entwickeln kann.

Die schwedische Unterstützung für die baltischen Staaten beim Aufbau der Staatsfunktionen, wie Polizei, Zoll, Grenzschutz und eine Rechtsordnung für Flüchtlingsfragen wird fortgesetzt. In der Verteidigung wollen wir die Möglichkeiten der baltischen Staaten verbessern, an friedensfördernden Einsätzen und der Entwicklung einer in der Bevölkerung verankerten Gesamtverteidigung teilzunehmen.

Die EU-Erweiterung auf die vier Antragsteller um die Ostsee ist die wichtigste Massnahme zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheit, des Wirtschaftsaustauschs und der politischen Zusammenarbeit in dieser Region. Schweden wird in diesem Jahr noch intensivere Anstreng-

ungen unternehmen, um die dortige Verhandlungsfähigkeit und EU-Harmonisierung zu unterstützen.

Für die gemeinsame Sicherheit in dieser Region ist die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit mit Russland eine entscheidende Frage. Der Dialog mit Russland soll noch intensiver werden, sowohl bilateral als auch im Rahmen der EU-Partnerschaft mit Russland. Im Rahmen dieser Kontakte ist es von besonderer Bedeutung, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten und Russland zu stimulieren. Nicht zuletzt ist es wichtig, dass Russland jetzt das Abkommen zur inzwischen so gut wie gelösten estnisch-russischen Grenzfrage unterschreibt und einem solchen Abkommen nicht noch neue Hindernisse in den Weg legt.

Die Aufrechterhaltung des amerikanischen Engagements in Europa ist auch für die Zusammenarbeit im Ostseeraum von grosser Bedeutung. Die Präsenz der USA ist für den Frieden und die Entwicklung in ganz Europa von entscheidender Bedeutung gewesen. Dieses Jahr jährt sich der Marshallplan zum 50. Mal - ein herausragendes Beispiel für dieses Engagement.

Auch die Zusammenarbeit im Barentsseeerat, in dem Schweden dieses Jahr den Vorsitz hat, verfolgt das Ziel, Mauern einzureissen im Interesse der Zusammenarbeit, Nachbarschaft und langfristigen Friedensarbeit. Die Regierung will im Laufe des Jahres zu einer Festigung der Bande zwischen dieser Region und der EU beitragen sowie die Voraussetzungen für Handel und Investitionen verbessern. Weitere wichtige Aufgabenbereiche sind grössere atomare Sicherheit, Umweltverbesserung, kulturelle Zusammenarbeit und zwischen-gesellschaftliche Kontakte, nicht zuletzt zwischen den Ureinwohnern.

Die nordische Zusammenarbeit ist ein lebendiges Beispiel für die Möglichkeiten der Integration. Die Zusammenarbeit ist Bestandteil der

Europapolitik der Regierung. Diese wurde so reformiert, dass sie sich auf jene Bereiche konzentriert, in denen gesamtnordische Lösungen besser sind als nationale oder breitere internationale Arrangements.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

“In der Welt von heute betrifft alles alle.”

Mit dieser Feststellung hat der tschechische Präsident Václav Havel die Herausforderung und Möglichkeit der heutigen Zeit ausgedrückt.

Die schwedische Aussen- und Sicherheitspolitik soll zum Frieden durch die Bewältigung der eigentlichen Konfliktursachen beitragen - ökonomische Ungerechtigkeit, Umweltbedrohung, Verletzung der Menschenrechte, Unfreiheit und mangelnder Fortschrittsglaube. Das gilt sowohl für unseren Nahbereich, als auch für Europa und global.